Referat von Kurt Schumacher über den Schuman Plan (Bonn, 31. März 1951)

Legende: Am 31. März 1951 übt der Vorsitzende der westdeutschen Sozialdemokratischen Partei, Kurt Schumacher, heftige Kritik am Schuman-Plan und zählt die Risiken für die Bundesrepublik Deutschland auf.

Quelle: SCHUMACHER, Kurt. Macht Europa stark ! : Referat in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiauschusses, der Kontrollkommission und des Vorstandes der Bundestagsfraktion der SPD am Sonnabend, dem 31. März 1951, in Bonn. Hannover: Vorstand der SPD, 1951. 32 S. p. 21-28.
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten

URL: http://www.cvce.eu/obj/referat_von_kurt_schumacher_uber_den_schuman_plan_bonn_31_marz_1951-de-b36cebda-e613-4bff-a263-aacfda84c410.html
Publication date: 18/12/2013

Macht Europa stark!

Referat von Kurt Schumacher über den Schumanplan

(31. März 1951)

[…]

Die Folgen des Schumanplans für Deutschland

Schon als der **Schumanplan** im Mai vorigen Jahres verkündet worden ist, da hat man auf der Seite der Bundesregierung und ihrer Parteien nicht nur die Prinzipien begrüßt; das wäre erklärlich. Freilich, wenn man Prinzipien begrüßt, muß man **auch die Motive** untersuchen. Da wird die Sache schon etwas schwieriger. Der Bundeskanzler hat damals in den ersten Tagen auch gleich mit abrupter Ausschließlichkeit erklärt, dieser Schumanplan, dessen Inhalt er auch noch nicht einmal andeutungsweise kannte, müsse von Deutschland unterschrieben werden. Das ist gewiß ein schöner Eifer, der aber nicht der Pflichterfüllung entspricht, die jede Regierung erst einmal gegenüber ihrem eigenen Volk zu zeigen hat.

Die Bundesregierung fristet hier wie bei den früheren Gelegenheiten ihr Leben von **außenpolitischen Illusionen,** die sie propagandistisch ohne Rücksicht auf die Konsequenzen erzeugt. Wir dürfen das eine nicht vergessen: **Enttäuschungen** mit einer Idee wie der europäischen, Enttäuschungen mit dem moralischen Wert der Internationalität führen doch immer zu Rückschlägen und zum Ausschlagen des Pendels nach der anderen Seite, nämlich nach der unbelehrbar extremistisch-nationalistischen Seite.

Die Bundesregierung hat solche **außenpolitischen Illusionskredite überreichlich bekommen.** Sie wurden nicht von den Alliierten durch Tatsachen gegeben, sondern nur von den propagandistisch irregeführten Teilen des deutschen Volkes, von den Ahnungslosen, von den Illusionären und von den beutemacherischen Deutschen. Schon vor Zustandekommen der Bundesregierung existierte ein solcher politischer Illusionskredit in Gestalt des Ruhrstatuts. Nach ihrem Zustandekommen hat die Bundesregierung solche politischen Illusionskredite ohne Aussicht auf Rückzahlbarkeit durch Erfolge genommen in der Form des Petersberger Abkommens und des Europäischen Rats. Jetzt will sie den **größten Illusionskredit in der Form der Zustimmung zum Schumanplan.** Die jedesmal versprochenen großen Wunder sind nicht gekommen, die sich nach dem Petersberger Abkommen und nach dem Eintritt in den Europarat sich hätten einstellen müssen. Die Zustimmung zum Schumanplan bedeutet jedenfalls außenpolitisch keine Erleichterung, genau sowenig wie die Zustimmung zu einem der anderen vorangegangenen ähnlichen Akte, eine Erleichterung bedeutet hat. Die Zustimmung zum Schumanplan bedeutet die innerpolitische Bereitwilligkeit zur Verlängerung der Herrschaftszeit der Bundesregierung. Aus diesen Gründen stopselt sich die Bundesregierung von einem außenpolitischen Illusionskredit zum anderen mit dem Versprechen, daß jeweils nach der Erfüllung der nächsten außenpolitischen Vorleistung eine große Besserung eintreten würde. Ist dann die Volksvertretung naiv genug gewesen, diesen Versprechungen Glauben zu schenken, dann kommt eben das nächste Versprechen. Immer handelt es sich allein um die Behauptung der innerpolitischen Macht der Bundesregierung mit außenpolitischen Illusionen.

Der Bankrott der Bundesregierung

Man muß wissen, die **Bundesregierung ist nach diesen anderthalb Jahren außenpolitisch — und niemand bedauert das mehr als wir — genau so bankrott wie wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisch!** Wenn diese bankrotte Regierung immer neue Vertrauenskredite der Politik aufnimmt, so ist das gewiß ein Verschulden der Bankrottmacher. In erster Linie aber sind anzuklagen diejenigen, die leichtsinnig mit ihrem politischen Vertrauen solche ungarantierten Vertrauenskredite gewähren.

Beim Schumanplan hat die **ausländische Presse,** ohne von ihren Regierungen korrigiert zu werden, eindeutig drei große Zielsetzungen herausgestellt. Wir kennen diese Zielsetzungen, auch z. B. aus der Behandlung der Saarfrage und des Ruhrstatuts.

Die erste ist die **Schwächung der deutschen Wirtschaftssubstanz.** In den Augen mancher Völker ist die noch immer bedeutende Wirtschaftspotenz besonders an der Ruhr die Voraussetzung zu einer schwierigen und ihnen peinlichen Konkurrenzkraft der deutschen Wirtschaftsfaktoren.

Das zweite Ziel ist die **Verfügungsgewalt anderer Völker über die Kräfte des zentralen deutschen Rohstoffgebiets, des Ruhrgebiets, über seine Kohle, seinen Koks, seinen Stahl.** Man kann hier nicht entgegenhalten, die Deutschen hätten dasselbe Verfügungsrecht über andere Gebiete auch. Die Hauptsubstanz liegt hier an der Ruhr. Die Deutschen werden nicht nach der Zahl ihrer Einwohner, nicht nach der Zahl ihrer Arbeitnehmer und nicht nach der Höhe der Produktionszahlen (etwa 37 Prozent des Stahls und 51 Prozent der Kohle in den Ländern des Schumanplans) vertreten, sondern sind eins unter mehreren Ländern.

Das dritte Ziel ist die deutsche Zustimmung dazu, daß **Elemente des Besatzungsrechts von den Deutschen freiwillig mit vertraglicher Bindung für fünfzig Jahre als deutsches Recht** übernommen werden.

Diese Themenstellung ergibt notwendigerweise die politische Konsequenz für denjenigen, der es mit seinem Volk und der internationalen Idee ernst meint. Es gibt keine politische oder ökonomische Argumentation, die die Akzeptierung dieser drei Ziele rechtfertigen oder auch nur entschuldigen könnte. Im Schumanplan finden wir die Etablierung der Herrschaft des internationalen Kohlenhandels über die Kräfte und die Menschen der Produktion. Es erhebt sich für uns die Frage: **Wer finanziert** unter dem Gesichtspunkt und mit den Mitteln der Händler diesen Produktionsapparat, der von den Händlern dirigiert wird, und wer erreicht mit diesen Methoden das Ziel, nicht nur zu finanzieren, sondern **durch die Finanzierung auch zu privatisieren und jede Möglichkeit der Sozialisierung auszuschalten ?**

Jetzt erst wird offiziell der Inhalt des Schumanplans bekannt. Wir haben ihn in jeder Phase gekannt. Wir waren dauernd unterrichtet über den jeweiligen Stand der Verhandlungen und über den jeweiligen Stand auch der Niederschriften. Dabei will ich hier gar nicht im einzelnen wiederholen, daß von der anderen Seite die Regulierung von Tatbeständen festgelegt worden ist, über die niemals verhandelt wurde. Das ist ebenso ein Erbe aus dem deutsch-französischen Verhältnis, wie es die Bundesregierung auffaßt. (Heiterkeit.) Keiner der zahlreichen Vertragsentwürfe ist aber dem deutschen Volk in seinem Inhalt und der großen Presse verantwortlich mitgeteilt worden. Alle waren in Deutschland durch Diskretionsschleier abgeschirmt, trotzdem man in der ausländischen Presse jedes Detail dieser Verhandlungen und jedes reale Vorbringen hat lesen können. Auf der deutschen Seite ist über die politische Quintessenz **die Opposition in keiner Phase verbindlich unterrichtet** worden. Der deutsche Bundeskanzler hat den fatalen **Brief** eine Woche vor Ostern, in dem er der **völligen Zerschlagung des gemeinsamen Kohlenverkaufs** angeboten hat, ohne Rücksprache mit uns verfaßt. Er hat bis heute mit keiner Silbe angedeutet, daß er am 12. April nach Paris fährt, um gegebenenfalls zu unterschreiben. Freilich, um etwas zu unterschreiben, von dem er nicht weiß, ob es in Deutschland Gesetz wird, und um etwas zu unterschreiben, von dem ich nicht weiß, ob es nicht auch ausländische Faktoren gibt, die aus dieser Zwangsjacke herausmöchten.

Der Schumanplan — Gewinn für das internationale Kapital

Auf der deutschen Seite haben die Pariser Verhandlungen bei allen vorurteilslosen Leuten, die den Willen zur Erkenntnis der Materie haben, den Eindruck völliger Unzulänglichkeit hinterlassen. Das einzige, bei dem wir noch einigermaßen glatt abgekommen sind, ist vermutlich der sozialpolitische Faktor; da hat man die Gewerkschaften nicht reizen wollen. Offenbar hat sich der deutsche Vertreter der Gewerkschaften auch sehr große Mühe gegeben. Alles andere ist Erfolg für andere Völker, für die andere Klasse **und nicht für das deutsche Volk,** den Gewinn hat die besonders sympathische Rasse der internationalen Kohlenhändler. (Heiterkeit.) Einer der deutschen Vertreter war vorher ein Direktor im Petschek-Konzern. Die internationalen Sachverständigen schmunzeln und sprechen von einer „Petschekisierung" der europäischen Montanindustrie. Sie können sich vielleicht vorstellen, was das für moralische, politische und ökonomische Werturteile in sich schließt.

In einer Weise, die an Blicklosigkeit und Unbedachtheit nur mit den Methoden ihrer Propaganda des deutschen militärischen Beitrags vergleichbar ist, haben hier permanent bei den Fachverhandlungen, bei den

innerdeutschen Stellen, bei den deutschen Parteien und in Paris **die Amerikaner interveniert.** Ich möchte nur feststellen, daß die **Amerikaner sich damit eine Verantwortung aufgeladen** haben, wie sie größer nicht denkbar ist. Dieser Schumanplan — selbst wenn er realisiert werden sollte — ist eine Frage, die noch längst nicht beantwortet ist. Zu ihrer Beantwortung werden wir durch sachliche Aufklärung das Interesse des ganzen Volkes wachrufen. Es sind im Schumanplan so viel antieuropäische destruktive Elemente enthalten, daß den Amerikanern noch einmal vor der Verantwortung grauen wird, die sie da auf sich geladen haben.

Wie sollte denn der Schumanplan anders aussehen, als er heute aussieht? Das Allergefährlichste war noch nicht einmal die konstitutionelle Schwäche des regierungsoffiziellen Verhändlertyps. Das Allerschlimmste ist doch, daß in Wahrheit **entscheidend auf der deutschen Seite nicht die Deutschen, sondern die Hohen Kommissare** der USA und Frankreichs gesessen haben! Eine Reihe von Problemen, deren Diskussion in fachmännischem Kreise hier in Deutschland begonnen wurde, ist von dem Verhandlungsführer der Deutschen achselzuckend beantwortet worden: „Nun, darüber haben die Hohen Kommissare doch längst entschieden". Ein Vertrag aus dem Geist und aus den politischen Absichten zweier Hoher Kommissare kann nicht die Ratifizierung des deutschen Parlaments finden, wenn sich die deutsche Demokratie nicht selbst die Schlinge um den Hals legen will.

Ich sprach schon von dem unentschuldbaren Dokument, das eine Woche vor Ostern der Bundeskanzler an Mr. François-Poncet als den damaligen Vorsitzenden der Hohen Kommission gerichtet hat. In diesem Brief behauptet der Bundeskanzler, daß die Auflösung des Kohlenverkaufs im Gesetz Nr. 27 gefordert worden ist. Das ist eine Behauptung, deren Originalität nicht zu bestreiten ist; sie hat nämlich mit den Tatsachen nichts zu tun. Die Eilfertigkeit, mit der das zentrale Problem des gemeinsamen Kohlenverkaufs geopfert wird, läßt den Verdacht aufkommen, daß es die Interessenten waren, die den Inhalt dieses Briefes bestimmt haben. Der Inhalt dieses Briefes geht an deutschem Entgegenkommen weit über das hinaus, was Mr. McCloy dem Genossen Ollenhauer mitgeteilt hat als den Inhalt seiner, McCloys, Abmachungen mit Mr. Monnet, dem französischen Generalplaner. Dabei ist wieder interessant, daß ein Hoher Kommissar mit einem anderen vertragschließenden Teil als den Deutschen Abmachungen trifft. Auch in einem dritten Punkt ist der Bundeskanzler in seinem Dokument zuweitgegangen, als er die Möglichkeiten für Deutschland, die im § 12 der Übergangsbestimmungen im Schumanplan liegen, einfach geopfert hat.

Noch zu Anfang dieses Jahres bestanden große Bedenken bei den Regierungsparteien. Der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten hat damals erklärt, es sei an eine Zustimmung seiner Partei nicht zu denken, wenn Ruhrbehörde, Sicherheitsamt und Stahlkontrolle nicht aufgehoben würden. Nun, heute ist er anderer Ansicht, obwohl gerade diese Vorschriften nicht aufgehoben sind. Tatsächlich bestimmt ja die hohe Behörde des Schumanplans autoritativ als vollwertiger Ersatz der Ruhrbehörde alles. Der Plan ist aber noch nicht unter Dach und Fach. Es ist unsere Pflicht gegenüber unserm Volk und gegenüber der Notwendigkeit eines gesunden Europas, daß wir uns mit allen unseren politischen Kräften gegen diese europazerstörende Oberherrschaft des internationalen Kapitals über den deutschen Nationalreichtum als ein hilfloses Objekt wehren.

Die Hohen Kommissare lobten den Bundeskanzler!

Angesichts dieser Tatsachen ist es erklärlich, wenn am 14. März bei dem ersten Bankett, das die ausländische Presse hier in Bonn gegeben hat, Mr. François-Poncet ein großes Loblied auf den Schumanplan, auf den Eifer des Bundeskanzlers gegenüber dem Schumanplan und auf die unvergänglichen Verdienste des Bundeskanzlers gesungen hat. Der eine oder andere von euch wird Bemerkungen des Hohen französischen Kommissars aus der Vergangenheit kennen, die eine andere Tendenz hatten; aber so orthodox in der Wortauslegung soll man nicht sein. (Heiterkeit.) Am 14. März hat der Hohe französische Kommissar mit feinstem Takt uns Deutschen auch klargemacht, was deutscher Patriotismus ist. Ich zitiere wörtlich das Urteil über den Bundeskanzler:

„Er hat es verstanden, in weniger als zwei Jahren eine beträchtliche Lockerung eines Regimes der halben Bevormundung zu bewirken, die weit länger dauern sollte. Niemand weiß besser als meine Kollegen und ich, daß er das tat, **ohne je** sein Land zu **erniedrigen, ohne je** seiner Würde als Regierungsoberhaupt Abbruch zu tun, noch **seinen patriotischen Stolz,** fast würde ich sagen, **seine patriotische Härte** im

geringsten zu verleugnen."

Und dann geht es weiter:

„Ich kann auch versichern, daß **kein anderer** an seiner Stelle mehr hätte erreichen können. Drohende Gebaren oder systematische **Opposition** hätten im Gegenteil alles verdorben."

Der Hohe französische Kommissar sagt nicht, für **wen** alles verdorben wäre. (Heiterkeit. — Zuruf: „Die beiden kennen sich ja auch lange genug."). Der letzte Satz aber ist offenbar als eine ehrenvolle Verbeugung vor der deutschen Sozialdemokratie gedacht, die wir hiermit ausdrücklich quittieren. **Wie sich allerdings der Bundeskanzler von diesem Lob in diesem Zusammenhang aus diesem Mund jemals wieder politisch erholen will, weiß ich nicht.** (Heiterkeit.) Die Gesinnung des Hohen französischen Kommissars gegenüber den wirklichen deutschen Demokraten aber zeigt am besten ein Artikel, den er am 3. Februar in der „Neuen Zeitung" in München geschrieben hat. Da schrieb er, daß die Ausländer dazu berufen seien, über Ebert nicht nur zu urteilen, sondern auch zu „richten". Der letzte Absatz dieses Artikels heißt — ich zitiere wörtlich —:

„Wir dürfen ihm (nämlich Friedrich Ebert) **vorwerfen, den nationalistischen Kreisen,** die das Reich dem Untergang zugeführt hatten und die Weimarer Republik torpedieren sollten, **wieder in den Sattel und zur Macht geholfen zu haben."**

Das ist also ein Artikel des Hohen französischen Kommissars. Ihr dürft nicht von mir glauben, daß ich hier etwa einen Satz aus einem kommunistischen Flugblatt verlesen habe. Es geht eben nichts über kluge und taktvolle Zurückhaltung unter Gleichwertigen. (Heiterkeit.)

Die Organisation der **Institution des Schumanplans** habe ich hier im einzelnen nicht zu entwickeln. Das wird gelegentlich der sachlich-aufklärenden Maßnahmen zu tun und auch Gegenstand von Spezialberatungen sein. Hier sei das eine gesagt: **Die hohe Behörde ist ein Stück ökonomischer Allgewalt auf dem Kontinent.** Es ist noch gar nicht klar, ob die hohe Behörde 5, 8 oder 9 Mitglieder haben soll; sie wird bestenfalls **einen** Deutschen enthalten. Ihr dürft versichert sein, es wird kein deutscher Gewerkschaftler sein. Das **Parlament,** die sogenannte „Versammlung" aber, über deren Zusammensetzung ein endgültiger Beschluß erst bei der Fassung des Schlußprotokolls gefaßt werden wird, soll vermutlich folgende Zusammensetzung haben: 18 Franzosen, 18 Deutsche, 18 Italiener, 7 Niederländer, 7 Belgier, 4 Luxemburger. Das sind also vier mal 18. Da aber das Parlament nur einmal im Jahr zusammentritt und, um einen Beschluß der hohen Behörde umzuwerfen, einer Zweidrittelmehrheit bedarf, könnt ihr euch die machtvolle deutsche Position unter Führung der Bundesregierung in diesem Parlament einmal vorstellen! Die wirkliche Macht liegt also nicht beim Parlament in der Kontrolle der hohen Behörde, die wirkliche Macht in der Beeinflussung der hohen Behörde liegt **bei den Außenministern, und das sind fünf gegen einen!** Über den Willen und die Möglichkeit des einen will ich gar nicht reden.

Ermordung der europäischen Idee durch den Schumanplan!

Wenn wir entsprechend unserer Produktionsleistung vertreten wären — 37 % der Stahlproduktion der Schumanplanländer, 51 % der Kohlenproduktion —, dann wären wir vom Parlament her ein Faktor. So aber werden wir in die Rolle gedrängt, uns entweder im Kämpfen majorisieren zu lassen oder mitschuldig zu werden. Mitschuldig zu werden, dazu haben wir keine Veranlassung. Wir wollen überall kämpfen, wir wollen immer kämpfen. Gerade darum **dürfen wir nicht Ja sagen zur Ermordung der europäischen Idee durch Projekte, wie den Plevenplan und den Schumanplan. Wir müssen das europäische Bewußtsein**

und das Selbstbewußtsein unseres Volkes und unserer arbeitenden Menschen zum Kampf aufrufen!

Da die Arbeiterbewegung der anderen fünf Länder von nicht sehr erheblicher Bedeutung ist, wird die deutsche Arbeiterbewegung einschließlich der deutschen Gewerkschaften fast isoliert einer internationalen Kapitalskoalition gegenüberstehen.

Es ist eine grobe Irreführung der deutschen Öffentlichkeit, wenn jetzt verschiedene der Unterhändler, hohe Beamte und außenpolitische Dilettanten der Regierungsparteien, so tun, als ob die **Lastenverteilung aus dem Schumanplan** gerecht auf alle Länder gelenkt worden sei. **In die Ausgleichskasse zahlen ganz vorwiegend die Deutschen.** Wir zahlen für die Stillegung der belgischen Gruben, für die Stillegung der mittel-, vielleicht auch der nordfranzösischen Randzechen, für die Stillegung der italienischen Stahlindustrie. Wir werden auch zahlen für die Unterbringung der so freiwerdenden Arbeitskräfte in dem übrigen Produktionsapparat der Länder Belgien und Frankreich.

Die deutschen Unterhändler haben sich auf **weitgehende** Auflösung der Verbundwirtschaft abdrängen lassen. Wenn man uns gegenüber sich auf die Übergangsbestimmungen beruft, nun, nach ganz kurzer Zeit tritt die ganze orthodoxe Strenge des richtigen Schumanplanes in volle Wirksamkeit. Außerdem hat man nur für einen Teil der großen Stahlbetriebe die 75prozentige Kohlenklausel durchgesetzt. Bei allen anderen Stahlbetrieben ist dies nicht geschehen. Die Verbundwirtschaft ist entscheidend und viel zu weitgehend aufgelöst. Daß hier 26 Gesellschaften geschaffen werden, kann die deutsche Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Mammutgebilden, besonders in den USA, entscheidend schwächen.

Um angeblich diesen krüppelhaften Torso von Verbundwirtschaft zu retten, hat man **den gemeinsamen deutschen Kohlenverkauf völlig aufgegeben.** Der gemeinsame deutsche Kohlenverkauf ist kein Monopol gewesen; denn die Preise haben nicht die Zechen bestimmt, seit den Tagen der Weimarer Republik hat der Staat die Preise bestimmt. Dieser gemeinsame deutsche Kohlenverkauf aber hat die **Rentabilität der Zechen** mit hohen Förderkosten und geringer Kohlenqualität ermöglicht. Durch die Wasch- und Mischanlagen hat man einen Durchschnittspreis und eine Durchschnittsqualität erzeugt. Wenn der gemeinsame deutsche Kohlenverkauf aufgelöst wird, dann werden die Zechen mit leicht förderbarer fetter Kohle sogar im Zeichen des Konjunkturrückgangs Überschichten fahren. Aber die Zechen mit magerer, teuer zu fördernder Kohle werden Feierschichten haben, selbst bei Hochkonjunktur. Das heißt **eine große Anzahl der Ruhrzechen kommt zum Erliegen.** Was die Arbeitslosigkeit an der Ruhr bedeutet, darüber dürfen wir uns nicht im unklaren sein. Wenig diskutiert, aber doch enorm wichtig ist der Tatbestand, daß Deutschland überhaupt nur dadurch aufzubauen war, daß an der Ruhr und am Niederrhein ein an Vollbeschäftigung grenzender Zustand die Jahre hindurch bestanden hat. Wenn wir diese soziale Destruktion an die Ruhr tragen, dann heißt das, daß wir **auch die politischen Folgen der sozialen Destruktion an der Ruhr übernehmen. Das bedeutet die permanente Bedrohung der Demokratie, in ganz zugespitzten Zeiten sogar die permanente Staatskrise.**

Der Schumanplan - Bedrohung der Demokratie!

Ich habe einigen Amerikanern privat erklärt: „Der Schumanplan ist die Geburtsurkunde einer neuen kommunistischen Partei, sie mag sich nennen, wie sie will. Die Amerikaner sind die Standesbeamten, die diese Geburtsurkunde ausfertigten."

In der Theorie haben die rücksichtslosen Geschäftemacher des internationalen Kohlenhandels einschließlich gewisser amerikanischer Kreise und die Dogmatiker des Antikartellwesens ein Monopol zerstört. In der Theorie! Denn es war gar kein Monopol da, es gab nur eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, auf der Rentabilität und Vollbeschäftigung beruhten. **In der Praxis hat man mit der hohen Behörde ein Übermonopol, eine Supralenkungsbehörde geschaffen, die alles dirigiert,** und zwar mit fast unkontrollierten, robusten Geschäftspraktiken großer Manager gegen Deutschland.

Das hat für die Entwicklung der Demokratie in Europa eine andere, zusätzliche Bedeutung. Wenn ihr den sogenannten Monnetplan in seiner fünfjährigen Existenz studiert, dann werdet ihr folgendes feststellen. Die Prinzipien des Monnetplans sind einer gewissen Entwicklung, einer Veränderung und manchmal auch eines

Umtauschs mit entgegengesetzten Prinzipien fähig gewesen. Das französische Parlament aber hat niemals entscheidend die Grundsätze des Monnetplans diskutiert. Wißt ihr, was das heißt? Entscheidende Momente der Gestaltung der Wirtschaft haben sich weitgehend außerhalb des parlamentarischen Geschehens abgespielt. Das französische Parlament hatte die hehre und heilige Aufgabe, die Kredite für die Durchführung des Monnetplans zu bewilligen. Es hat aber nicht die Aufgabe bewältigt, die Prinzipien des Monnetplans in Frage zu stellen, kritisch zu analysieren und zu durchröntgen. Dieselben Kreise und Persönlichkeiten, die sich ihrem eigenen Parlament gegenüber eine solche Stellung zu erringen verstanden haben, sind die Arrangeure und Dirigenten des Schumanplans. **Die demokratische Staatspraxis des Parlaments wird durch den Totalitarismus der Technokraten zurückgedrängt.** Wenn es gar kein anderes Prinzip gäbe, **der Kampf für die Demokratie, für den Staat,** der über der Wirtschaft steht, ist eine selbstverständliche, unverzichtbare Aufgabe der Arbeiterklasse. Eine Arbeiterklasse, die das verabsäumen würde, wäre abgetreten von der politischen Bühne. Wir brauchten dieses Argument nicht für unsere Ablehnung. Dieser Tatbestand aber ist für sich allein so entscheidend, daß er **schon für sich allein genügen** würde.

Die hohe Behörde hat praktisch die totale Herrschaft über die Investierungen. Die Mechanisierung unter Tage und die Modernisierung über Tag, das heißt die Energieversorgung des Arbeiterwohnungsbaus und des Ausbaus der in Angriff genommenen Neuanlagen wird in Frage gestellt. Ihr werdet doch nicht glauben, daß die alliierte Mehrheit der hohen Behörde den internationalen Kapitalstrom nach Deutschland dirigiert bei einer alliierten Mehrheit im Kontrollparlament und im Ministerrat!? Nein, diese für die deutsche Wirtschaft wichtigsten Dinge treten allmählich stark in den Hintergrund. Die Männer, die so über die Kredite verfügen und für sie Bürgschaft ablegen, sind erklärlicherweise keine Freunde Deutschlands, aber die Freunde des Wohlergehens der Volkswirtschaft ihrer eigenen Vaterländer. Unter diesem Gesichtspunkt ist alles, was jetzt hier in Bonn, dort in Paris und unter amerikanischem Einfluß geschieht, eminent kurzsichtig und leichtfertig. Der romantische Aufputz hilft nicht über die harten Tatsachen hinweg. In der Propaganda der Bundesregierung mag Karl der Große meinetwegen der erste CDU-Mann sein. In der Praxis wird er sich als der erste MRP-Mann der Welt bewähren. In keinem Fall wollen wir die Herrschaft der CDU **oder der MRP oder beider zusammen über die deutschen Arbeiter. Wir wollen die Prinzipien des Reichs Karls des Großen nicht als die Grundlage der europäischen Gestaltung des 20. Jahrhunderts.**

Unser Kampf gegen die Schwächung der deutschen Volkswirtschaft und gegen die Ausbeutung der Ruhr ist **damit auch ein Kampf gegen die Bundesregierung, die den deutschen Konsens zur Schwächung der deutschen Grundlagen betreibt.** Hier bekommt unser Kampf gegen die Bundesregierung eine neue moralische, politische und ökonomische Notwendigkeit. In einer solchen Situation verliert die Weltgeschichte wenig, wenn Reden, wie die unseres Genossen, des Bremer Senatspräsidenten Kaisen, unterbleiben. (Sehr richtig!) Ich will mich im Detail nicht damit beschäftigen. Heute hat der Parteivorstand beschlossen, auf diese öffentliche Stellungnahme mit einer öffentlichen Rüge zu antworten. Sie ist bereits der Presse und dem Rundfunk übergeben worden.

[...]